

Extrablatt 3/2007

ABA Informationsdienst

6. Jahrgang

Dortmund, 31. Dezember 2007

Herausgeber ABA Fachverband Offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen e.V.
Der Verband für handlungsorientierte Pädagogik

Redaktion Rainer Deimel/Oscar Borkowsky
ABA Fachverband
Postfach 350 172
44243 Dortmund
0231/985 20 53
www.ABA-Fachverband.org

© ABA Fachverband. Dieses **Extrablatt** darf ohne die Genehmigung des Herausgebers weitergeleitet werden. InteressentInnen können sich in die Abo-Liste eintragen lassen. Diese Ausgabe wurde an über 3.000 Adressen versandt.

Antworten, Bestellungen und Abbestellungen bitte an

nagelredaktion@ABA-Fachverband.org

Der Inhalt

Das Zitat.....	1
Kinder- und Jugendhilfe – ein Sparschwein im öffentlichen Haushalt?	
Ein beachtliches Beispiel aus Halle (Saale).....	2
Dienstanweisung soll noch mal überdacht werden.....	2
Dienstanweisung Nr. 93 vom 3. September 2007 (mit Anhang).....	3
Reaktionen intern.....	7
Dienstanweisung Nr. 98 vom 21. November 2007.....	10
Reaktionen extern.....	12
Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit.....	12
Norbert Struck (DPWV/AGJ).....	15
Reinhard Wiesner (BMFSFJ).....	16
Leserbrief – bereits im Juni 2007.....	17
Weitere Informationen.....	18
Fachtagung im Februar 2008 in Halle	18
Anhang: Beraten und verkauft.....	19

Das Zitat

Wie mir scheint, haben wir gar keine Demokratie, sondern eine Demoskopie.
Hans Dieter Hüsck

Kinder- und Jugendhilfe – ein Sparschwein im öffentlichen Haushalt? Ein beachtliches Beispiel aus Halle (Saale): Die über 300 Heimkinder in Halle sollen zurück in ihre Familien geschickt werden

Seit einiger Zeit gehen in Sachen Kinder- und Jugendhilfe in Halle an der Saale die Wogen hoch. Während die Meldungen über gequälte, misshandelte und getötete Kinder in der öffentlichen Debatte nicht abreißen, beabsichtigte die Stadt Halle aus Einsparerwägungen heraus, sämtliche im Heim untergebrachten Kinder mittels Dienstanweisung wieder in ihre Familien „zurückzuführen“. Wir dokumentieren einen Teil des Vorgangs; belegen wollen wir damit auch das bundesweite Interesse, das dieser Vorgang findet. Für die Informationen bedanken wir uns vor allem bei Prof. Dr. Johannes Herwig-Lempp, der uns seit September 2007 „auf dem Laufenden“ hält. Da wir die in Halle ergangenen Dienstanweisungen im Original übernommen haben, müssen wir unseren Leser(inne)n unterschiedliche Schriftgrade in der Darstellung zumuten; wir wünschen uns dennoch eine angemessene Aufmerksamkeit. Diese Dokumentation will nicht nur informieren, sie kann auch Hilfestellung sein bei Überlegungen zur rhetorischen Bekenntnissen zu einer vermeintlichen Sozialraumorientierung.

Interessant auch die im Kontext auftauchenden vielen Blähwörter. Vor diesem Hintergrund haben wir uns dazu entschlossen, als Anhang den Artikel „Beraten und verkauft – Denglische Sprachtricks der Beraterfirmen“ von Udo Johann Piasezky (Vorstandsvorsitzender des Deutschen Rentenschutzverbandes) anzuhängen. Diesen Beitrag haben wir den „Sprachnachrichten“ Nr. 36/Dezember 2007 (Hg.: Verein Deutsche Sprache) entnommen. Wir bitten um Beachtung.

Wer sich über den Fall schnell und kurz informieren will, tut dies am besten mittels der Pressemitteilung des Deutschen Berufsverbandes für Soziale Arbeit – nachzulesen unter **Reaktionen extern** („Kinder- und Jugendhilfe ist kein Sparschwein für kommunale Haushalte!“).

**ABA Fachverband
NAGEL-Redaktion**

Dienstanweisung soll noch mal überdacht werden Hilfen zur Erziehung - Verwaltung will grundsätzlich an Konzept festhalten – Diakonie gegen Einsparungen an Heimkindern

(*ens*) Halles Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados und ihr Jugendamtsleiter Lothar Rochau wollen sparen. Insgesamt 4 Mio. Euro weniger sollen künftig für die „Hilfen zur Erziehung“ ausgegeben werden. Wie das geschehen soll – dazu haben die beiden schon konkrete Vorstellungen. Die rund 300 Heimkinder in Halle sollen zurück in ihre Familien geschickt werden. Eine entsprechende Dienstanweisung wurde den Freien Trägern im September zugestellt. Kontrovers wurde dazu bereits im Halleforum diskutiert.

Zwar muss Jugendamtsleiter Lothar Rochau nun die Dienstanweisung noch einmal überarbeiten, vermutlich ein Zurückrudern durch bundesweite Presseberichte. Doch in groben Zügen soll trotzdem weiterhin an dem Konzept festgehalten werden, erfuhr das Halleforum. Die Anweisung sei missverständlich formuliert gewesen, erklärte Rochau im Jugendhilfe-Ausschuss. Er sprach von einem Missverständnis der Auslegung. Es sei nicht gewollt gewesen, dass 90 Prozent der Heimkinder wieder nach Hause geschickt werden. Rochau unterstrich das Kindeswohl, das bei der Überarbeitung im Vordergrund stehe. Gemeinsam mit den Mitarbeitern der Freien Träger solle nun das Konzept noch einmal überarbeitet werden. „Aber mit Kostenbewusstsein“, so Rochau.

Oberkirchenrat Eberhard Grüneberg von der Diakonie Mitteldeutschland hat sich kritisch zu dem Vorhaben der Stadt geäußert. Es sei nicht sinnvoll, pauschal alle Kinder nach Hause schicken zu wollen. Vielmehr müsse man die Einzelfälle betrachten. Sicher gebe es Fälle, wo die Kinder zu Hause besser aufgehoben seien. Doch man könne nicht aus Sparsamkeitsgründen einfach alle Kinder aus den Heimen nach Hause schicken, sagte Grüneberg am Donnerstag auf Nachfrage.

Die ursprünglich geplanten Einsparungen der Stadt sind vorerst übrigens auch nicht machbar. So muss Halle nun 4 Mio. Euro zusätzlich aufbringen. Während für 2007 noch nicht klar ist, wo die Gelder herkommen sollen, gibt es für 2008 bereits konkrete Pläne. Durch Einsparungen im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie sollen 850.000 Euro in den Bereich „Hilfen zur Erziehung“ fließen, weitere 150.000 Euro sollen durch Einsparungen im Bereich „Soziales“ aufgebracht werden. Eingespart werden sollen zudem Gelder für die Weiterbildung im HZE-Bereich. Für eine weitere Million Euro fehlt aber auch im nächs-

ten Jahr noch die Deckung. Das Sparkonzept der Oberbürgermeisterin scheint mit der heißen Nadel gestrickt zu sein.

In die Kritik geraten ist bundesweit auch die START gGmbH von Klaus Roth. Diese unterstützt die Stadt Halle als gemeinnützige Beratungsgesellschaft im Bereich Jugendhilfe. Bereits mehrfach wurde kontrovers über Klaus Roth und seine Gesellschaft im Halleforum diskutiert. Roth verlangte damals die Herausgabe der IP-Adressen und drohte mit rechtlichen Schritten. Das Halleforum kam den Forderungen nicht nach.

<http://www.halleforum.de/article.php?sid=10647>

(www.halleforum.de vom 26. Oktober 2007)

Dienstanweisung Nr. 93 vom 3. September 2007

Dienstanweisung Fachbereich Kinder, Jugend und Familie		Nr. 93
---	--	---------------

Stadt Halle (Saale)

03. September 2007

Dienstanweisung zur innerfamiliären Leistungserbringung – im Bereich der Hilfen zur Erziehung – unter Nutzung aller sozialräumlichen Stützungs-systeme

Ausgangspunkt dieser Dienstanweisung ist die konsequente Umsetzung des Fachkonzeptes in Verbindung mit den Vorgaben zur Haushaltskonsolidierung 2007/2008.

Im Mittelpunkt dabei steht eine pro-aktive Arbeitsweise, die durch eine ganzheitliche Sichtweise auf den Hilfebedarf von Familien geprägt ist.

Das Ziel der Dienstanweisung ist die Rückführung aller Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen aus der Heimerziehung zum 30.09.2007 unter der Prämisse der Installierung von geeigneten Hilfen für das Familiensystem und der Sicherung des Kindeswohls.

Damit das Ziel der Rückführung aller in Betracht kommenden Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen erreicht wird, werden nachfolgende Regelungen getroffen:

1. Sofortige Überprüfung des bestehenden Hilfeplanes in Verbindung mit der Überprüfung der aktuellen Situation in der Familie und deren konkreten Hilfebedarf. Kindeswohlgefährdungen sind in der Akte zu dokumentieren.

In Bezug auf junge Volljährige, die sich im Leistungsbezug nach §§ 34 und 35a SGB VIII befinden, ist eine sofortige Überprüfung der Akte vorzunehmen.

Nach Prüfung im Einzelfall (Stand des amtsärztlichen Gutachtens bzw. psychologischen Gutachtens) ist eine umgehende Perspektivklärung - mit dem Ziel der Überführung in das SGB XII / HbL - vorzunehmen.

Verantwortlich: sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Steuerung: Teamkoordinatorin und Teamkoordinator

Termin: sofort

2. Unter Hinzuziehung von präventiv arbeitenden Trägern aus den Bereichen der Jugendhilfe, der Schule, des Sportes, der Kultur, der Arbeits-/Ausbildungsförderung oder aus dem Bereich der Pflegestellen oder Pflegefamilien u.ä. sind Hilfeformen unter konsequenter Einforderung der Mitwirkung der Betroffenen zu schaffen.

Verantwortlich: sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

3. Den Trägern der Heimerziehung ist hierbei das Anliegen der Rückführung fachlich zu erläutern und sie in die Umsetzung einzubeziehen.

Grundsätzlich gilt: Jede Maßnahme, die geeignet ist, den Familien den individuell benötigten Hilfebedarf zu sichern und einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu erbringen, ist zu prüfen und umzusetzen.

**Verantwortlich: sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
Teamkoordinatorinnen und Teamkoordinatoren
Ressortleitung
Fachbereichsleiter**

4. Die Steuerung der Rückführung aller in Betracht kommender Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen im jeweiligen Team obliegt der Teamkoordinatorin/dem Teamkoordinator unter Einbeziehung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Team. Sollte im Ressort keine Lösung gefunden werden, ist das „Kompetenzteam“ des Fachbereiches 51 lösungsorientiert einzubeziehen.

Die Fallverantwortung verbleibt bei der zuständigen fallführenden sozialpädagogischen Mitarbeiterin bzw. dem sozialpädagogischen Mitarbeiter.

5. Zur Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist bis zum 15.09.2007 durch die Ressortleiterinnen und Ressortleiter ein multiprofessionelles Team für das jeweilige Ressort zu berufen. Dieses multiprofessionelle Team hat den Auftrag, die Fälle zu überprüfen, die nicht zurückgeführt bzw. wo keine innerfamiliäre Lösung bisher gefunden worden ist. Dem multiprofessionellen Team sind die Fälle aufbereitet zu übergeben. Die Letztverantwortung liegt bei den zuständigen Ressortleiterinnen und Ressortleitern.

6. Durch den Bereich „Zentraler Service - Service, Steuerung, Verwaltung“ ist bis zum 31.08.2007 eine finanzielle Darstellung der aktuellen Haushaltssituation, auf den jeweiligen Sozialraum bezogen, den Ressortleiterinnen und Ressortleitern zu übergeben.

Verantwortlich: Herr Zwakhoven

7. Die Ressortleiterinnen und Ressortleiter berichten erstmals zum 18.09.2007 sowie am 25.09.2007, 23.10.2007, 27.11.2007 und am 11.12.2007 zum Erfüllungsstand in Bezug auf die Rückführung und den fiskalischen Vorgaben.

8. Vor Weiterleitung an den Fachbereichsleiter sind die Erfüllungsstände durch das zentrale Fachcontrolling – Frau Schöps – in Absprache mit Frau Pannier und Herrn Zwakhoven zu bewerten und mit Steuerungsempfehlungen zu versehen. Frau Schöps, Frau Pannier und Herr Zwakhoven werden ermächtigt, über die Ressortleitungen alle relevanten Informationen zu erhalten, die zu einer Bewertung des Umsetzungsstandes der Vorgaben dienlich sind.

Inkrafttreten:

Die o.g. Dienstanweisung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft!

L. Rochau
Fachbereichsleiter

anzuwenden ab:
03. September 2007

Anlage zur Dienstanweisung – finanzielle Darstellung

Ausgabenrechnung HzE insgesamt zum Stand 31.07.2007

	Ist 07/2007+ Hochrechnung 2007	Plan 2007	Plan 2007 neu*
UA 4550 – Minderjährige	18.296.200	14.920.800	16.820.800
UA – Volljährige	1.849.600	1.657.900	1.657.900
HzE gesamt	20.145.800	16.578.700	18.478.700
zu erwartendes Defizit per 31.12.07		-3.567.100	
zu erwartendes Defizit per 31.12.08			-1.667.100

* der neue Planansatz für 2007 geht davon aus, dass die ursprüngliche Haushaltskonsolidierung um einen Betrag von 1,9 Mio. € nicht erbracht werden kann

Rechenbeispiel – Rückführung in die Familie für den Fachbereich insgesamt

Derzeit werden **314** Kinder und Jugendliche stationär in Einrichtungen betreut. Geht man davon aus, dass davon 90% per 30.09.2007 in ihre Familie zurückkehren können, ergibt sich ein Einsparvolumen für die verbleibenden haushaltswirksam werdenden 2,5 Monate von $282 \times 2,5 \times 3100 \text{ €} = \mathbf{2.185.500 \text{ €}}$

Von diesen 2.185.500 € sind **1.667.100 € als Deckungsbeitrag für den Haushalt** einzusetzen. Die verbleibenden **518.400 €** können dementsprechend zur Unterstützung der Familiensysteme eingesetzt werden. Rein rechnerisch wären dies **50 Fachkräfte** im 4. Quartal 2007.

Dazu ist festzustellen, dass je mehr traditionelle Hilfen, egal ob stationär, teilstationär und ambulant, in wirksame und preiswertere sozialräumliche Hilfen umgewandelt werden, um so größer ist der finanzielle Spielraum diese neuen Hilfeformen zu gestalten.

Ausgaben HzE nach Sozialräumen

derzeitige Budgetverteilung und Defizit

	Budget 2007	Hochrechnung 2007	Diff. Plan./ Hochrechn.
SR I - M/N/O	1.934.400	2.743.100	-808.700
SR II - Silberhöhe / A.	3.668.100	4.282.600	-614.500
SR III - Süd / südl. Innenstadt	2.636.500	3.797.100	-1.160.600
SR IV - Neustadt	3.840.100	6.366.600	-2.526.500
SR V - Heide-Nord / Lettin	2.249.600	2.527.800	-278.200

berücksichtigt man 428.600 € übergreifende Kosten, ergibt sich folgende neue Budgetlage mit Deckungsbeitrag (analog der bisherigen Defizitverteilung)

	Budget 2007	Zusätzlich	Budget 2007 neu
SR I - M/N/O	1.934.400	558.500	2.492.900
SR II - Silberhöhe / A.	3.668.100	424.400	4.092.500
SR III - Süd / südl. Innenstadt	2.636.500	801.500	3.438.000
SR IV - Neustadt	3.840.100	1.745.000	5.585.100
SR V - Heide-Nord / Lettin	2.249.600	192.000	2.441.600

	Budget 2007 neu	Hochrechnung 2007	Deckungsbeitrag
SR I - M/N/O	2.492.900	2.743.100	-250.200
SR II - Silberhöhe / A.	4.092.500	4.282.600	-190.100
SR III - Süd / südl. Innenstadt	3.438.000	3.797.100	-359.100
SR IV - Neustadt	5.585.100	6.366.600	-781.500
SR V - Heide-Nord / Lettin	2.441.600	2.527.800	-86.200
Gesamt	18.050.100		-1.667.100

Reaktionen intern

Im Protokoll „Zusammenfassung von Rückmeldungen“ dokumentiert die Beratungsfirma START (Geschäftsführer Klaus Roth) sowohl das eigene Versagen als auch das Versagen der Stadt und der Amtsleitung bei der „radikalen Umgestaltung“ des Jugendamts. Indirekt bestätigt sie damit den Inhalt und die Echtheit der Mitarbeiterbriefe vom 7. November 2007.

Dienstanweisung Nr. 98 hebt die Anweisung zur „Rückführung“ von Kindern (Dienstanweisung Nr. 93) nach über zwölf Wochen endlich auf und ordnet ansonsten an, was ohnehin gesetzliche Pflicht ist und Praxis im Jugendamt Halle. Weiterhin aber sollen im kommenden Jahr 4 Mio. Euro im Haushalt bei den Hilfen zur Erziehung gespart werden - ohne dass irgendjemand erklären könnte, wie man das schaffen will!

(Quelle: Prof. Dr. Johannes Herwig-Lempp, Hochschule Merseburg – Fachbereich Soziale Arbeit, Medien, Kultur)

Zusammenfassung von Rückmeldungen aus den Gesprächsrunden mit den sozialpädagogischen Teams zum Gesamtprozess der Umstrukturierung und der Einführung von Quartiersrunden mit einem proaktiven Ansatz in der Stadt Halle/Saale

In diesen Treffen mit den sozialpädagogischen Teams wurden neben einer Diskussion zur proaktiven Arbeit und zu konkreten Planungen zur Einführung von Quartiersrunden Rückmeldungen zum Gesamtprozess der Sozialraumorientierung, zum Fachkonzept und der Umsetzung gegeben.

Die im Folgenden komprimiert wiedergegebenen Aspekte sind Sichtweisen und Erfahrungen einzelner Teams bzw. MitarbeiterInnen. Dieser Kurzbericht versucht häufiger dargelegte Rückmeldungen zusammenfassend zu beschreiben. In den Gesprächen wird deutlich, dass eine Vielzahl von MitarbeiterInnen den Ansatz der Sozialraumorientierung und auch die Entwicklung von Quartiersrunden in dem Ansatz der proaktiven Arbeit befürworten und sie sich im Sinne dieser Konzepte engagieren (wollen). Sie beklagen aber vielfach die strukturelle und organisatorische Umsetzung und erleben im praktischen Alltag eine riesige Kluft zwischen Theorie und Praxis. Die von den MitarbeiterInnen als problematisch dargelegten Gesichtspunkte werden im Folgenden kurz skizziert.

Diese Rückmeldungen müssen aus Sicht von START unbedingt in der Leitungsrunde aufgenommen, im weiteren Entwicklungsprozess berücksichtigt und gemeinsam mit den MitarbeiterInnen nach Lösungswegen gesucht werden.

1. Zum Gesamtprozess der Sozialraumorientierung/Umstrukturierung

Teamentwicklung hat bisher nicht stattgefunden

Immer wieder wurde in Teams diese Rückmeldung geäußert. MitarbeiterInnen erleben den Wegfall ihrer vertrauten und bewährten Arbeitsstruktur. Sie sehen sich in ein Team versetzt, das aus ihrer Sicht keine

fachliche und organisatorische „Verbesserung“ darstellt. Kritik kommt besonders von den „Spezialdiensten“ (Kinderpflegedienst, Jugendgerichtshilfe, Unterhalt-Vaterschaft usw.). Alle Fachgruppen benötigen den spezifischen Austausch und die kollegiale Beratung mit ihren FachkollegInnen. Dieser ist ihrer Meinung nach nicht mehr gewährleistet oder es stehen dafür keine Ressourcen zur Verfügung. Darüber hinaus ist besonders in den Spezialdiensten häufiger eine sinnvolle Vertretung bei Krankheit und Urlaub nicht mehr gegeben. Zusätzlich ist nicht geregelt, wie in Zukunft sozialraumübergreifende Angebote (z. B. im Pflegekinderwesen) organisiert werden können/sollen.

Die Frage lautet oft: „Was soll ich hier in diesem ‚fachübergreifenden‘ Team? Die KollegInnen können mir nicht helfen und ich kann den KollegInnen nicht helfen“. Aus Sicht der MitarbeiterInnen ist ihnen die neue Struktur und die Teambildung nicht nahegebracht und in einem Auseinandersetzungsprozess vermittelt worden. Deutliche Aussage ist: Eine Teamentwicklung hat bisher nicht oder nur in wenigen Fällen stattgefunden („Das Alte ist aufgelöst bzw. weggefallen und das Neue nicht entwickelt“).

MitarbeiterInnen und auch TeamkoordinatorInnen beklagen, dass sie bisher keine Stellenbeschreibung haben und somit ihre Aufgaben- und Verantwortungsbereiche nicht klar umschrieben sind. Dies führt zu Unsicherheiten in der täglichen Arbeit: Was darf/muss ich (nicht) tun?

Die einzelnen Fachgebiete brauchen die Möglichkeit, die Probleme, die für sie in der sozialraumorientierten Arbeit entstanden sind, anzusprechen, mit der Leitungsrunde zu besprechen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Fehlende Rahmenbedingungen

Besonders in den Teams im Süden der Stadt (aber auch in anderen Teams) erschwert sich die Arbeitssituation zusätzlich durch unzureichende Rahmenbedingungen. Einige Beispiele, die genannt wurden: drei Standorte, acht Telefonleitungen für 40 Apparate, fehlende Anrufbeantworter, fehlende Sekretärin, keine ausreichenden Besprechungsräume, veränderte Materialbeschaffung, ein Drucker für viele MitarbeiterInnen, nicht funktionierende Teile in Jucon, immer höherer Verwaltungsaufwand, Dienstreisegenehmigungen, Fahrkartenbeschaffung usw.

MitarbeiterInnen fühlen sich nicht beteiligt und von der Fachbereichsleitung bzw. der Ressortleitung nicht ernst genommen

MitarbeiterInnen fühlen sich alleingelassen und haben vielfach das Gefühl, dass ihre Fragen, ihre kritischen Anmerkungen, ihre Bedenken, ihre Anregungen und Lösungsvorschläge auf der Leitungsebene nicht aufgenommen und in den Entwicklungsprozess einbezogen werden. Oft wird auf diese „Eingaben“ aus Sicht der MitarbeiterInnen gar nicht reagiert. Die Leitung, so einige MitarbeiterInnen, nimmt sich keine Zeit, um mit ihnen zu sprechen. Was mit ihren Fragen und Vorschlägen passiert, bleibt ungeklärt. Es gibt, so die Aussage von MitarbeiterInnen, keine Rückmeldungen und weiterführenden Gespräche bzw. Informationen.

Belastungsanzeigen

Immer wieder wird von MitarbeiterInnen die hohe Arbeitsbelastung im Rahmen ihres jeweiligen Tätigkeitsbereiches beklagt und angemerkt, dass die Umstrukturierung, die Teamzusammensetzungen und die unterschiedlichen Standorte einen immensen zusätzlichen Arbeitsaufwand bedeuten. Auch hier fühlen sie sich alleingelassen, weil darauf nicht reagiert und mit ihnen gemeinsam nach Lösungen gesucht wird bzw. konkrete Lösungsvorschläge unterbreitet werden. Vielmehr gibt es aus Sicht von MitarbeiterInnen neue Aufgaben, Anforderungen und Anweisungen, bevor „alte“ überhaupt hinreichend bearbeitet bzw. abgearbeitet werden konnten. Niemand sagt, wie das zeitlich, fachlich und inhaltlich sinnvoll erledigt werden soll/kann („Ich will mich ja einbringen, aber ich erfahre z. B. durch die Leitung keine Hilfe/keine Vorschläge zur Entlastung. Man lässt uns keine Zeit zum Wachsen und Entwickeln“). Der Umstrukturierungsprozess in den einzelnen Ressorts wird aus Sicht von MitarbeiterInnen nicht begleitet, es gibt keine Prozesssteuerung, in deren Verlauf auch Kontrollschritte und Reflexionsrunden vorgesehen sind.

Fehlende Kommunikation zwischen Teams, Ressortleitung und Fachbereichsleitung

Aus Sicht von MitarbeiterInnen gibt es häufiger eine große Diskrepanz zwischen dem, was die Fachbereichsleitung und die Ressortleitung sagt, und dem, was dann in der Praxis und den einzelnen Ressorts/Sozialräumen praktisch nachvollziehbar passiert.

Aus Sicht von MitarbeiterInnen gibt es keine klare und gelebte Kommunikationsstruktur und einen durchgängigen Informationsfluss von der Basis (Teams) über die Ressortleitungen bis zur Fachbereichsleitung und von hier wieder an die Ressortleitungen und zu den Teams.

In den Ressorts werden Vereinbarungen, Vorgaben und Absprachen unterschiedlich bewertet und eingehalten, so dass auch hier, aus Sicht von MitarbeiterInnen, zwischen den Ressorts bzw. Ressortleitungen keine oder eine nicht ausreichende Kommunikation stattfindet.

Es gibt anscheinend die „Anordnung“, dass nicht mehr „ressortübergreifend“ gearbeitet werden soll. MitarbeiterInnen ist aber nicht klar, was dies in der Praxis bedeutet: Dürfen die „Spezialdienste“ sich nicht mehr treffen, sind bei den Quartiersrunden die Grenzen der Sozialräume strikt einzuhalten usw.?

2. Zur proaktiven Arbeit und der Einführung der Quartiersrunden

Der Erfolg von Einsparungen im Jugendhilfebereich durch eine sozialräumlich orientierte proaktive Arbeit des Fachbereiches wird angezweifelt

Bei MitarbeiterInnen kommt an: Wir sollen mit proaktiver Arbeit Geld sparen. Das kann doch nicht, so wird von MitarbeiterInnen gefragt, der wirkliche Ansatz sein. Solche grundsätzlichen Aussagen demotivieren MitarbeiterInnen, der Zusammenhang wird angezweifelt und gefragt, wie man das nachweisen will?

Die neue Dienstanweisung und die Verknüpfung mit dem Fachkonzept und dem proaktiven Ansatz wird überhaupt nicht verstanden.

Es wird von der Leitungsebene, so die Rückmeldung von MitarbeiterInnen, der Eindruck erweckt, dass mit der jetzt einsetzenden Arbeit der Quartiersrunden die Zahl der Problemfälle/HzE gen Null geführt wird und somit Kosten immens gesenkt werden können. Diese Erwartungshaltung (die aus Sicht von MitarbeiterInnen nicht nachvollziehbar ist) macht einen immensen Druck, der die Kreativität, die Motivation und das Engagement der MitarbeiterInnen lähmt.

Sozialraumorientierung anderer Fachbereiche und Institutionen/Organisationen ist notwendig, aber nicht vorgesehen

Ein Beispiel dafür ist die mangelnde Zusammenarbeit mit Fallmanagern der ARGE. Der Fachbereichsleiter verweist, so einige MitarbeiterInnen, auf errungene Vereinbarungen mit der ARGE. In der Praxis gibt es aber quasi keine Zusammenarbeit, geschweige denn die Möglichkeit, zum Wohl eines Klienten, möglichst kurze Wege zu nutzen. Die ARGE ist in ihrer Arbeit überhaupt nicht sozialräumlich orientiert und schirmt sich nach Meinung von MitarbeiterInnen regelrecht ab.

Um mit dem Ansatz der Sozialraumorientierung wirklich Erfolg zu haben müssten sich auch andere Fachbereiche und Institutionen sozialräumlich orientieren.

Moderation in den Quartiersrunden

Immer wieder wird kritisiert, dass die sozialpädagogischen Fachkräfte die Moderation der Quartiersrunden übernehmen sollen. Neben dem Belastungsfaktor (s.o.) wird als weiteres Argument der Rollenkonflikt eingebracht: Einerseits soll die Aufgabe sein, die Quartiersrunde zu moderieren, um die Themen der Gruppe in den Mittelpunkt zu stellen und eine lösungsorientierte Bearbeitung aller Beteiligten zu ermöglichen. Andererseits sollen sie aber auch die Interessen des Fachbereiches 51 vertreten.

Aus Sicht der MitarbeiterInnen sollte die Moderation durch die TeamkoordinatorInnen oder die SozialraummanagerInnen wahrgenommen werden. Die zuständigen sozialpädagogischen Fachkräfte nehmen an den Quartiersrunden teil, können die Arbeit der TeamkoordinatorInnen/SozialraummanagerInnen unterstützen, aber auch die Meinungen des Fachbereiches vertreten.

In den Treffen mit den sozialpädagogischen Teams wird deutlich, dass die Moderationsübernahme in den Ressorts bzw. den Sozialräumen unterschiedlich gehandhabt wird. In der Regel werden die ersten Moderationen von den TeamkoordinatorInnen übernommen.

Es wird häufiger angefragt, ob es eine Moderationsfortbildung geben wird, wann diese ggf. stattfinden und wer daran teilnehmen wird.

Standorte der Quartiersrunden sind schwer zu entwickeln

In einigen Sozialräumen ist es schwer, nach den bisher genannten Kriterien bzw. Vorgaben Standorte für Quartiersrunden zu finden, weil:

- bei infrage kommenden Kitas, Schulen usw. nicht nur Kinder, Jugendliche oder Familien aus dem nahen Umfeld betroffen sind, sondern zum Teil aus dem gesamten Stadtgebiet kommen. (Also viele Quartiere lassen sich von den Nutzern her nicht auf einen Sozialraum oder einen Verantwortungsbereich eines sozialpädagogischen Teams beschränken. Das Einzugsgebiet umfasst mehrere Sozialräume und die Frage ist, wie damit umgegangen wird/werden soll?)
- in manchen Sozialräumen gar keine Kitas, Schulen oder Freizeiteinrichtungen als „Ausgangspunkte“ für eine Quartiersrunde vorhanden sind.
- die Verantwortungsbereiche der Teams nicht identisch sind mit den gewachsenen Strukturen eines Stadtteils, mit dem sich Menschen verbunden fühlen. (Zusätzlich erscheint der Begriff Quartier missverständlich, weil dieser u. a. fachlich anders verwendet wird.)
- keine freien Träger oder andere Organisationen im nahen Umfeld aktiv sind.

Bewährtes sollte bleiben und Neues entwickelt werden

Aus Sicht von MitarbeiterInnen wurde das bisher Bewährte (Arbeitskreise, Kontakte, Veranstaltungen usw. mit freien Trägern oder anderen Fachkräften) einfach abgeschafft, ohne genau zu prüfen, was erhalten bleiben und was wegfallen bzw. neu oder anders organisiert werden kann/muss.

Man sieht sich vor die Situation gestellt, dass alles „Alte“ abgebrochen oder beendet wurde und nun alles mühsam neu aufgebaut werden muss.

Finanzierung der proaktiven Arbeit

Eine proaktive Arbeit muss auch finanziert werden. Wo kommt dafür das Geld her und wie können sich freie Träger einbringen und sich über diese Arbeit finanzieren?

20. November 2007

gez. Klaus Appel

Dienstanweisung Nr. 98 vom 21. November 2007

Dienstanweisung Fachbereich Kinder, Jugend und Familie	Nr. 98
---	--------

Stadt Halle (Saale)

21. November 2007

Dienstanweisung zur Steuerung von Hilfen zur Erziehung unter Nutzung aller sozialräumlichen Stützungs-systeme

Ausgangspunkt dieser Dienstanweisung ist die konsequente Umsetzung des Fachkonzeptes (beschlossen im Jugendhilfeausschuss 05.10.2006) in Verbindung mit den Grundsätzen einer pro-aktiven Arbeitsweise mit Kindern, Jugendlichen und Familien in der Stadt Halle (Saale).

Ziele der DA sind:

Adressatenorientierung
Nachhaltigkeit
Wirkungsorientierung

Im Mittelpunkt steht dabei die Sicherung des Kindeswohls - das vorrangig durch die Prämisse der wirksamen und passgenauen Installierung von Hilfen für das gesamte Familiensystem erreicht werden soll.

Damit das Ziel der kontinuierlichen Stärkung des Familiensystems erreicht wird, werden nachfolgende Regelungen getroffen:

1. Regelmäßige Überprüfung (auf der Grundlage fachlicher Standards) der Hilfepläne im Leistungsdreieck zwischen den Familien (Leistungsberechtigte), dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie (Leistungsgewährer, Fallsteuerung) und dem Leistungserbringer. Dabei ist ausdrücklich darauf zu achten, dass die Träger von Tageseinrichtung und Tagespflegestellen gemäß §§ 22-24a SGB VIII einbezogen werden.

Neben dem gesamten Familiensystem sind auch wichtige andere Bezugspersonen des privaten und öffentlichen Lebensbereiches einzubeziehen und deren Beteiligung zu dokumentieren.

Die im Hilfeplan getroffenen Vereinbarungen mit den jeweiligen Akteuren sind **verbindlich mit Ergebnissicherung zu terminieren.**

2. Grundlage ist eine fachlich qualifizierte Auftragserteilung an den Leistungserbringer, die unter Beteiligung der Leistungsberechtigten und Einbeziehung ihrer Ressourcen passgenau zu erfolgen hat. Dabei sind auch kreative Hilfen gem. § 27 (2) SGB VIII zu gestalten.

Eine kompetente Leistungserbringung unterliegt aber auch dem Haushaltsgrundsatz von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Dabei ist darauf zu achten, dass die Gewährung von Hilfen zur Erziehung in Verbindung mit Wirkungsanalysen vorzunehmen sind.

3. Da die Festlegungen im Hilfeplan und der reale Hilfeprozess voneinander abhängig sind, ist besonderes Augenmerk auf die tatsächliche Entwicklung zu legen.

Getroffene Annahmen sind dabei im Hinblick auf die Dynamik des Erziehungsprozesses zu hinterfragen und zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu aktualisieren und im Hinblick auf Ziel- und Wirkungsabsicht ggf. zu korrigieren.

4. Für eine optimale Leistungserbringung ist durch die fallführende Fachkraft sicherzustellen:

- ? Informationsmangel zwischen Leistungserbringer und Leistungsgewährer
- ? die Anwendung von Casemanagement in der Fall- und Leistungssteuerung auf der Grundlage unserer fachlichen Standards
- ? die Nutzung von JUCON als Arbeits- und Dokumentationsinstrument

5. In Bezug auf junge Volljährige, die sich im Leistungsbezug nach § 35a SGB VIII befinden, ist eine regelmäßige Überprüfung der Leistungsgewährung vorzunehmen.

Nach Prüfung im Einzelfall (Stand des amtsärztlichen Gutachtens) ist eine umgehende Perspektivklärung vorzunehmen, wobei die Überführung in das SGB XII/HbL zu prüfen ist.

6. In den Quartiersrunden sind die Ressourcen des Sozialraumes unter Hinzuziehung von präventiv arbeitenden Trägern aus den Bereichen der Jugendhilfe, der Schule, der ARGE SGB II Halle GmbH, der Arbeits- und Ausbildungsförderung SGB III, des Sports, der Kultur u. ä. Hilfeformen gemäß § 27 (2) SGB VIII zu nutzen.

Dabei sind die Leistungen nach dem SGB II, III und VIII – wobei die bestehende Kooperationsvereinbarung zwischen Stadt Halle (Saale) und ARGE GmbH genutzt werden soll zu bündeln und gezielt für das gesamte Familiensystem einzusetzen.

Von besonderer Bedeutung hierbei ist die Stärkung der Erziehungskompetenz der personensorgeberechtigten Eltern. Dabei ist die Eigenverantwortung der Betroffenen einzufordern und alle vorhandenen Möglichkeiten der Mitwirkung zu fördern. Die Quartiersrunden nehmen das Quartier als Ganzes in den Blick und werden zur frühzeitigen Intervention des Einzelfalles genutzt.

7. Bei Beendigung von stationären Hilfen ist eine wirksame Nachsorge durch die fallführende Fachkraft zu organisieren.

8. Zur Weiterentwicklung der ressourcen-, familien- und sozialraumorientierten Arbeitsansätze wurde ein multiprofessionelles Team im Ressort berufen.

Dieses multiprofessionelle Team hat den Auftrag, Hilfen zur Erziehung in enger Absprache mit der fallführenden Fachkraft zu begleiten und zu unterstützen.

9. Die Ressortleiterinnen und Ressortleiter berichten monatlich zum Stand der Umsetzung dieser Dienstanweisung in der Controllinggruppe.

Dazu ist 3 Werktage vor der Sitzung der Controllinggruppe der Umsetzungsstand beim Fachbereichsleiter schriftlich einzureichen.

10. Mit dieser Dienstanweisung ermutige ich ausdrücklich, den komplexen und umfassenden Hilfebedarf der leistungsberechtigten personensorgeberechtigten Eltern (einschließlich des gesamten Familiensystems) durch neue kreative Hilfeformen zu gewährleisten.

Inkrafttreten

Diese Dienstanweisung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft!

Außerkraftsetzung

Die Dienstanweisung Nr. 93 vom 03. September 2007 tritt mit sofortiger Wirkung außer Kraft.

L. Rochau
Fachbereichsleiter

anzuwenden ab: sofort

aufgehoben: DA Nr. 93

Reaktionen extern

DBSH zu den Vorgängen in Halle:

Kinder- und Jugendhilfe ist kein Sparschwein für kommunale Haushalte!

Am 3. September hat die Oberbürgermeisterin Szabados (SPD) über ihren Jugendamtsleiter Rochau per Dienstanweisung an die MitarbeiterInnen des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) verfügt, dass innerhalb von 3 Wochen alle 314 Kinder und Jugendlichen aus den stationären Einrichtungen herauszuholen sind. Erwartet wurde eine „Erfolgsquote“ von 90 %. Einsparen wolle man in 2007 zwei Millionen und in 2008 weitere zwei Millionen Euro. Im November wurde die Dienstanweisung nach heftiger Medienkritik zurückgenommen, bei dem Sparziel von über vier Millionen in den Pflichtaufgaben der Jugendhilfe soll es bleiben. So befürchteten die MitarbeiterInnen des Jugendamtes eine Fortsetzung des geplanten Vorhabens, jetzt jedoch ohne formale Dienstanweisung. Der renommierte Jugendhilfeexperte Prof. Roland Merten kommentiert die Vorgänge in Halle wie folgt: „Unter fachlichen Gesichtspunkten ist ein solches Verhalten unprofessionell, unter juristischen Gesichtspunkten als rechtswidrig zu charakterisieren“ (Merten 2007).

Diese Entwicklungen sind nur die Spitze des Eisbergs für die sich weiter verschlechternden Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen. „Ob wachsende Kinderarmut, schlechte Bildungschancen, fehlende Berufsperspektiven für Jugendliche oder mangelnder Schutz des Kindeswohls – Deutschland entfernt sich immer mehr von der Zielsetzung einer kinderfreundlichen Gesellschaft“, so Heidi Bauer-Felbel, für Jugendhilfe zuständiges Vorstandsmitglied des Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (DBSH).

Kinderrechte werden mit Füßen getreten

Viele Jugendämter schauen auf das Beispiel „Halle“ in der Hoffnung, auch sparen zu können. Tatsächlich beschreiben die Vorgänge eine besondere Qualität, geht es doch nicht „nur“ um die Begrenzung von Kostensteigerungen, sondern um Leistungsabbau im gesetzlich bestimmten Pflichtenbereich des Jugendamtes. Dazu schreibt Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner: „Mit solchen Vorgaben wird nicht nur die fachliche und damit auch finanzielle Verantwortung des Jugendamtes torpediert, sondern es werden die Rechte von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern mit Füßen getreten.“ (1)

So wird sich die neue Jugendamtspolitik wohl nicht über richterliche Verfügungen hinwegsetzen können. Die meisten Kinder und Jugendlichen aber sind einvernehmlich als Ergebnis der Einigung zwischen Jugendamt und Eltern unter Beteiligung der Kinder und Jugendlichen im Heim, weil die Situationen in den Familien ihrer Entwicklung nicht gerecht wurde. „Diese Kinder erfahren mit der Heimunterbringung erstmals Stabilität und emotionale Sicherheit, sie jetzt in ihre Familien zurückzuschicken ist ein Akt von Kinderfeindlichkeit“, so Heidi Bauer-Felbel.

Maßlose Heimunterbringungen?

Oberbürgermeisterin Szabados begründet das Vorgehen des Jugendamtes damit, dass in Halle die Kosten für Heimunterbringungen überdurchschnittlich hoch seien. Dafür bleibt sie jedoch jeden Beleg schuldig. Bundesweit ist die Zahl der Unterbringungen in Heimen und Pflegefamilien von 2000 bis 2005 um 8 Prozent zurückgegangen (Ende 2005 auf 83.400), während 2006 über 52.800 Familien sozialpädagogische Familienhilfe erhielten (9 Prozent mehr als 2005). Solche ambulanten Hilfen haben in der Vergangenheit die Zahl der Fremdunterbringungen erheblich gesenkt. Ferner wurden die Tagessätze der Heime so weit begrenzt, dass diese bereits heute das Problem haben, entsprechend qualifiziertes Personal auf gesicherten Stellen einzusetzen. (2)

Gemessen am Durchschnitt von Bewohnerzahl und Heimplätzen liegt Halle unter Berücksichtigung der Einwohner- und Sozialstruktur in der Bandbreite des bundesdeutschen Durchschnitts. Im Jugendamt der Stadt Halle wurde, entsprechend dem gesetzlichen Auftrag, die Notwendigkeit von Heimunterbringung regelmäßig geprüft. Damit ist die Dienstanweisung auch ein Misstrauensvotum gegenüber den eigenen MitarbeiterInnen. Dazu Heidi Bauer-Felbel vom DBSH: „Wer Kinder und Jugendliche effektiv schützen will, wird diesem gesetzlichen Auftrag mit abstrakten Zahlenvergleichen und rechtswidrigen Dienstanweisungen nicht gerecht. Ein derartiger Machtmissbrauch darf nicht hingenommen werden. KollegInnen, die sich gegen solche Entwicklungen wehren, können auf die Solidarität des DBSH setzen. Wer als Mitarbeiter/in des Jugendamtes oder als Betroffener den Rechtsweg beschreiten will, kann auf die Unterstützung durch den DBSH zählen“.

Sozialraumorientierung – ein Wundermittel?

Bereits im Vorfeld der Dienstanweisung wurde als Ergebnis einer externen Beratung („Start gGmbH“) der ASD umstrukturiert und ein neues Computersystem installiert. Dies aber führte ebenso zu Mehrarbeit, wie der nicht funktionale Dokumentationsaufwand und die Zusammenlegung von Fach- und Verwaltungspersonal. Als die so erhoffte Kostenentlastung ausblieb, wurde im Juli 2006 ein neues „Fachkonzept“ der „Start gGmbH“ beschlossen: Drei Stadtteilzentren, fünf „Sozialraumplanungsgruppen“ und der „Nutzen präventiver Potenziale“ sollten zu jährlichen Einsparungen von 4,2 Mill. Euro führen. „Kluge Systeme“, „intelligente Lösungen“, neue Hierarchien, „Sozialraumbudgets“, „Controlling“ und die „Balance Score Card“ münden in ein „pro-aktives System“, das wiederum möglichst kleinräumig agieren soll. Mit dieser Sozialmanagementlyrik aber wurden konkret nur einige mögliche Arbeitsweisen stadtteilorientierter Sozialarbeit beschrieben. Jeweils ein Mitarbeiter des Sozialdienstes soll eine der rund 50 „Quartiersrunden“ leiten, in der Vertreter aus Kindergärten, Jugendclubs, Schulen, Sport- und Kulturvereinen usw. vertreten sind.

Wie durch eine solche Arbeit 4,2 Millionen eingespart werden können, bleibt unklar. Auch für den DBSH sind Vernetzung und Sozialraumorientierung wichtige methodische Pfeiler und wichtiges Arbeitsprinzip. „Damit ist das Konzept aber nur alter Wein in neuen (pro-aktiven) Schläuchen“, so der DBSH.

Michael Böwer, Beauftragter des DBSH für Kinderrechte, warnt: „Immer wieder gern wird, ohne dass einer weiß, wie es dann klappen soll, bessere Kooperation als Heilmittel aller Sorgen herbeigelobt“.

Gerade wenn es um den Schutz des Kindeswohls geht, bringen Kooperation und Stadtteilorientierung auch mittelfristig keine Einsparungen. Alle Untersuchungen gehen von einer erheblichen Dunkelziffer aus. Dort, wo besser aufgepasst wird, steigt auch der Bedarf an Einzelfallhilfe, die Verbesserung der Prävention wiederum erfordert zusätzliche Maßnahmen. „Den ohnehin stark geforderten Kindergärten und Jugendeinrichtungen Aufgaben der Familienhilfe zu übertragen ist ein Etikettenschwindel auf Kosten von

Kindern und Jugendlichen“, so der DBSH. „Wer zudem glaubt, dass Kinder von freizeitorientierten Vereinen geschützt werden können, hat die besonderen Aufträge und Kompetenzen der Jugendhilfe nicht verstanden.“

Dienstanweisung als Verzweiflungstat?

2007 stellte man auch in Halle fest, dass das Konzept weder zur Qualitätsverbesserung noch zur Mitteleinsparung geführt hat. So ist die Dienstanweisung nur als letzte Möglichkeit der Jugendamtsleitung zu verstehen, ihr Gesicht als zuverlässiger Kostenkürzer und Strukturveränderer zu belegen. Denn es sollten nicht nur 2,1 Mio. im ersten Jahr eingespart werden, ca. 500.000 Euro davon sollten für die Einstellung von 50 zusätzlichen Fachkräften ausgegeben werden, um mit deren Hilfe weitere Mittel einzusparen. Wie die aus den Heimen zu entlassenen Kinder und Jugendlichen in ihren Familien mit diesem Personal zu schützen und zu fördern sind, wird nicht erläutert (3). „Gerade die in den Medien diskutierten Fälle der Kindeswohlgefährdung, in denen die Jugendämter vorab eingeschaltet waren, zeigen, dass eine stundenweise Betreuung oftmals nicht ausreicht, um Kinder zu schützen. „Dort, wo die familiäre Situation so schwierig ist, dass ambulante Hilfen nicht mehr reichen, sind Angebote der stationären Hilfe unverzichtbar“, so der DBSH. Zugleich ruft der DBSH alle SozialarbeiterInnen dazu auf, ihrer ethischen Verpflichtung und ihrer Garantenstellung für das Kindeswohl nachzukommen, notfalls auch gegen Amtsleitung und politische Führung: „Wo Kinder und Jugendliche gefährdet sind, dürfen uns einseitige Haushaltsvorgaben nicht kümmern.“

Falsch beraten, falsch geführt

„Zumindest in Halle scheinen Verwaltung und Politik überfordert, die Pflichtaufgabe der Kinder- und Jugendhilfe zu übernehmen“, so der DBSH. Anders sei die Beauftragung der Beratungsgesellschaft „Start gmbH“ nicht zu verstehen.

Das Unternehmen ist unter Führung des Geschäftsführers Klaus Roth in vielen Beratungsprojekten vor allem in den neuen Bundesländern aktiv. In Halle ist es darüber hinaus Träger ambulanter, von der Stadt finanzierter Praxisprojekte. Das Jugendamt hat im Rahmen der Beratung durch Klaus Roth ein Software-Produkt für den ASD gekauft, das wiederum über eine von Roth beeinflusste Firma vertrieben wird. Roth ist zugleich Schriftführer der Zeitschrift „Jugendhilfe“ des Wolters Kluwer Verlags. Hier wiederum hat er für seine Halle-Aktivitäten die Werbetrommel gerührt: „Proaktive Systeme und ihr Charme“ lautet der von ihm plazierte „Fachbeitrag“. Zwischenzeitlich darf Roth die Oberbürgermeisterin auch auf Dienstreisen begleiten.

Für den DBSH ist eine solche Interessenverquickung in einem hohen Maß unseriös: „Hier wird die Kinder- und Jugendhilfe zum Spielball für das Profilierungsstreben von Verwaltung und einem privaten Unternehmen gemacht“.

Anwalt für Kinder und Jugendliche – wo bleibt die Lobby?

Für den DBSH ist es eine erfreuliche Entwicklung, dass sich die Medien sehr interessiert über die Vorgänge in Halle gezeigt haben: Die Berichterstattung in den Tagesthemen, im ZDF, in der „Zeit“ und auch in der anderen überregionalen Presse wäre ohne den Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort nicht möglich gewesen. Ihnen ist es auch zu verdanken, dass die Dienstanweisung nach 13 Wochen endlich zumindest „überarbeitet“ wird. Dass aber die KollegInnen des ASD weiter unter Druck gesetzt und abgewertet werden, ist empörend (4).

Es muss verwundern, dass bislang alle bundesweiten Fachorganisationen der Jugendhilfe zwar intern protestiert, aber öffentlich Zurückhaltung geübt haben. Die verantwortliche Oberbürgermeisterin Szabados ist berufenes Mitglied im Vorstand der „Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ)“ (Dachverband aller bundesweiten Organisationen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe) und Vorsitzende des Kuratoriums des bundeseigenen „Deutschen Jugendinstituts (DJI)“. „Von diesen führenden Organisationen der Jugendhilfe ist zu erwarten, dass die Berufung von Frau Szabados umgehend zurückgenommen wird. Wer die Kinder- und Jugendhilfe in diesem Ausmaß gefährdet, kann nicht mehr als glaubhafte Interessensvertreterin angesehen werden“, so der DBSH. Darüber hinaus fordert der DBSH eine Neubesetzung der Jugendamtsleitung in Halle: „Wer mit rechtswidrigen Dienstanweisungen die Fachlichkeit der Jugendhilfe gefährdet und damit den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern misstraut, hat an der Spitze eines Amtes mit dieser Verantwortung nichts zu suchen“, so Heidi Bauer-Felbel vom DBSH.

Aus Fehlern lernen

Dass es auch anders geht, belegt die Situation in Bremen. Nach dem „Fall Kevin“ wurden vakante Stellen besetzt, neue Konzepte aufgelegt und Gelder für Supervision wieder bereitgestellt. In den nächsten zwei Jahren werden rund 28 Millionen Euro zusätzlich in das Personal für frühe Förderung sowie in den Kindeswohlschutz investiert – und die im ASD „nach Kevin“ geschaffenen Stellen sollen langfristig gesichert werden. „Daran kann man anknüpfen und weitere Schritte diskutieren“, so der DBSH.

Wilfried Nodes

Fußnoten

(1) Editorial der „Zeitschrift Kindschaftsrecht und Jugendhilfe“, Heft 11/2007

Prof. Wiesner ist Leiter des Referates Kinder- und Jugendhilferecht im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

(2) Wie wichtig die Hilfeform der Fremdunterbringung ist, zeigt auch die Statistik der Inobhutnahmen für das Jahr 2006: Danach mussten 2006 kurzfristig 25.800 Kinder und Jugendliche von Jugendämtern in Obhut genommen werden, um einer akuten, sie gefährdenden Situation zu begegnen.

(3) In einer Expertise für das Land Brandenburg versucht die Start gGmbH der Frage nachzugehen, wie Einwohnerzahl, Sozialraumstruktur, Personalausstattung des ASD und die Vermittlung in ambulante und stationäre Hilfen zusammenhängen, um sodann Qualitätsstandards vorschlagen zu können. Zu Recht wird auf die äußerst unsichere Datenlage hingewiesen. Letztlich könne man nur sagen, dass es Unterschiede zwischen Stadt und Land gebe und der Sozialraum Fallzahl und Interventionsdichte prägt. Gleichwohl kommt man auf der Basis einer älteren Untersuchung in Rheinland-Pfalz zu dem Ergebnis, dass je mehr Mitarbeiter ein Allgemeiner Sozialdienst hat, umso weniger stationäre Hilfen erforderlich seien. Auf welche Bereiche, lokale Situation, vorgehalten Maßnahmen usw. sich diese Untersuchung bezieht, wird jedoch nicht erläutert.

(4) Die angekündigte veränderte Dienstanweisung lag bis zum 22. November noch nicht vor, somit gilt die alte Dienstanweisung nach wie vor. Und die OB wertet ihre Mitarbeiter weiterhin öffentlich ab. Am 19. November 2007 erschien von ihr ein Interview in der „Mitteldeutschen Zeitung“. Dort wörtlich: „Manchen Mitarbeitern muss man deutlich machen, dass es noch mehr als Heime gibt. Sie wählen häufig eine Heimeinweisung, weil sie sich damit auf der sicheren Seite fühlen.“ (Mitteldeutsche Zeitung am 19. November 2007)

(Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit – Pressemitteilung, 26. November 2007)

„Halle-luja“ – Nobert Struck: „Mir stockte der Atem.“ – Ein Kommentar

Es gibt Fakten: die Dienstanweisung Nr. 93 des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie der Stadt Halle (Saale) vom 03.09.2007 und die „Anlage zur Dienstanweisung – finanzielle Darstellung“. In der Dienstanweisung steht: „Das Ziel der Dienstanweisung ist die Rückführung aller Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen aus der Heimerziehung zum 30.09.2007 unter der Prämisse der Installierung von geeigneten Hilfen für das Familiensystem und der Sicherung des Kindeswohls.“

In der Anlage steht unter der Überschrift „Rechenbeispiel – Rückführung in die Familie für den Fachbereich insgesamt“: „Derzeit werden 314 Kinder und Jugendliche stationär in Einrichtungen betreut. Geht man davon aus, dass davon 90 % per 30.09.2007 in ihre Familien zurückkehren können, ergibt sich ein Einsparvolumen für die verbleibenden haushaltswirksam werdenden 2,5 Monate von $282 \times 2,5 \times 3.100 \text{ Euro} = 2.185.500 \text{ Euro}$. Von diesen 2.185.500 Euro sind 1.667.100 Euro als Deckungsbeitrag für den Haushalt einzusetzen. Die verbleibenden 518.400 Euro können dementsprechend zur Unterstützung der Familiensysteme eingesetzt werden. Rein rechnerisch wären dies 50 Fachkräfte im 4. Quartal 2007.“

Als ich diese Dienstanweisung las, stockte mir der Atem: Innerhalb nicht einmal eines Monats sollten aus eindeutigen Haushaltssanierungsüberlegungen heraus Kinder und Jugendliche die ihnen mittlerweile vertraut gewordene Lebensumgebung wieder zurück in ihre Familien verlassen, aus denen sie in Halle in den letzten Jahren nun nicht gerade ‚niederschwellig‘ herausgeholt worden waren. Die rücksichtslose Radikalität von Zeit und Umfang machen das Ansinnen so einmalig!

Zunächst dachte ich an eine aufrüttelnde Satire eines frustrierten Sozialarbeiters, der genervt vom ständigen Spardruck und Verlust von Fachlichkeit dieses Thema durch eine Überzeichnung öffentlich machen wollte. Ich wurde eines Schlechteren belehrt! Die Stadt Halle bestätigte die Dienstanweisung – mittlerweile auch gegenüber der BILD-Zeitung (Ausgabe Halle vom 21.09.2007). Da ist es dann schon peinlich, wenn Halles Oberbürgermeisterin, Dagmar Szabados, im „mdr“ erklärt: „Es geht nicht um die Kosten – es ist einfach menschlicher, wenn Kinder in ihren Familien aufwachsen.“

Erstens: Dienstanweisung und Anlage zeigen ganz eindeutig: Es geht um die Kosten!

Zweitens: § 34 SGB VIII kennt drei mögliche Ziele der Heimerziehung: 1. eine Rückkehr in die Familie zu erreichen versuchen oder 2. die Erziehung in einer anderen Familie vorbereiten oder 3. eine auf längere Zeit angelegte Lebensform bieten und auf ein selbstständiges Leben vorbereiten! Unter diesen Optionen sollte auch in Halle jeweils die Hilfeplanung ausgestaltet worden sein!

Drittens: In § 36 SGB VIII wird gefordert, regelmäßig zu prüfen, ob die gewählte Hilfeart weiterhin geeignet und notwendig ist. Zu den Zeiträumen solcher Überprüfungen vereinbaren sich die Beteiligten jeweils im Hilfeplangespräch. Da steht nicht, dass vor Ablauf eines Haushaltsjahres kostenwirksam versucht werden soll, die Kinder aus den Heimen zu holen.

Viertens: Der Rechtsanspruch auf Hilfe zur Erziehung (§ 27 SGB VIII) entsteht, wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist – und nicht nur wenn das Kindeswohl akut gefährdet ist!

Fünftens: Die meisten Kinder wachsen in ihren Familien auf! Allerdings gibt es einige, für die das nicht möglich oder nicht zuträglich ist – in Halle waren das nach Einschätzung des Jugendamtes bis zum 02.09.2007 zumindest 314 Kinder und Jugendliche, die in Heimen leben! Am 03.09.2007 kam dann das Jugendamt zu der Auffassung, dass es möglicherweise auch 90 % weniger sein könnten! – Was bitte soll daran fachlich sein???

Budgetüberschreitung hin, Budgetüberschreitung her – so kann man nicht mit jungen Menschen und ihren Familien umspringen! Diese „Dienstanweisung“ ist inhuman und bricht geltendes Recht – sie

muss verschwinden! Die soziale und rechtliche Unterstützung der Hallenser Kinder, Jugendlichen, ihrer Familien und der jungen Volljährigen in Heimerziehung allerdings tut dringend Not!

Norbert Struck, DPWV Gesamtverband, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ)

(FORUM ERZIEHUNGSHILFEN Heft 5/2007)

Haushalt für die Feuerwehr auch konjunkturabhängig?

Früher als ursprünglich angekündigt, will der Bundesfinanzminister einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, und auch die kommunalen Einnahmequellen – allen voran die Gewerbesteuer – sprudeln. Gehören damit die Haushaltskonsolidierung und die vielerorts rigiden Formen der Budgetierung der Jugendhilfehaushalte der Vergangenheit an? Immerhin macht die Stadt Heilbronn Schlagzeilen, wenn sie verkündet, künftig generell auf Elternbeiträge bei der Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen und Kindertagespflege zu verzichten. Schlagzeilen ganz anderer Art macht eine ostdeutsche Großstadt. „Halle will 314 Kinder aus Heimen holen“ so titelt die Bild-Zeitung vom 21. September, und man wird an das Motto der Heimkampagne „Holt die Kinder aus den Heimen“ aus den späten 60er Jahren erinnert. 314 Kinder – das ist die Gesamtzahl aller Kinder und Jugendlichen, die in Halle in Heimen untergebracht sind. Der Versuch der Oberbürgermeisterin, diese Absicht zu dementieren, scheiterte, war doch längst eine Dienstanweisung bekannt geworden, die genau dieses Ziel vorgab. Dort heißt es: „Das Ziel der Dienstanweisung ist die Rückführung aller (!) Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen aus der Heimerziehung zum 30.09.2007 unter der Prämisse der Installierung von geeigneten Hilfen für das Familiensystem und der Sicherung des Kindeswohls“. In der Anlage zur Dienstanweisung wird eine Modellrechnung vorgestellt, die von einer Rückkehr von 90 % der Kinder und Jugendlichen in die Familien ausgeht. Für die Umsetzung dieser Vorgaben lässt die Dienstanweisung den Fachkräften des Jugendamts vier Wochen (!) Zeit.

Offensichtlich ist Halle pleite – denn etwa 75 % der „eingesparten“ Kosten sind als Deckungsbeitrag für den Haushalt einzusetzen, die verbleibenden 25 % „können dementsprechend zur Unterstützung der Familiensysteme eingesetzt werden“, wie es gönnerhaft in der Anlage zur Dienstanweisung heißt.

Dass der wirtschaftliche Aufschwung bei Bürgerinnen und Bürgern, aber auch bei Kreisen und Städten ganz unterschiedlich ankommt, ist bekannt und illustriert das Dilemma von Kreisen und Städten, dennoch – unabhängig von der Haushaltssituation – gesetzliche Ansprüche erfüllen zu müssen, zu denen auch die Hilfe zur Erziehung gehört. So steht Halle mit seiner Situation nicht allein in Deutschland. Sowohl in westlichen wie in östlichen Bundesländern gibt es Kommunen, deren Haushalte der staatlichen Genehmigung bedürfen. Die Sorge, viele Eltern und Kinder würden aus fiskalischen Gründen die bedarfsgerechte Hilfe nicht erhalten, die ihnen gesetzlich zusteht, ist daher weit verbreitet. Und dennoch sprengt die Aktion in Halle alles, was bisher an Streichkonzerten unter dem Thema Haushaltskonsolidierung bekannt geworden ist.

Dass schon in den vergangenen Jahren Heimerziehung nur in gut begründeten Fällen als „Ultima Ratio“ „genehmigt“ wurde und oftmals erst der Zustimmung des Landrates oder des Dezernenten bedurfte, darf als bekannt gelten. Zudem lehrt ein Blick in das Gesetz, dass das Jugendamt im Rahmen seiner Steuerungsverantwortung in regelmäßigen Abständen den Hilfebedarf überprüfen und ggf. „nachsteuern“ muss, also auch eine Heimerziehung, wenn sie nicht mehr erforderlich ist, beenden muss. Dass das Jugendamt in Halle dieser Pflicht in der Vergangenheit nachgekommen ist, darf bis zum Beweis des Gegenteils unterstellt werden. Aus der bundesweiten Praxis wird immer wieder berichtet, dass die Bewilligungszeiträume für stationäre Hilfen verkürzt und Kinder und Jugendliche (zu) früh aus Heimen entlassen werden. Wie es angesichts dieser Ausgangslage verantwortbar sein soll, 90 % der Kinder und Jugendlichen innerhalb von vier Wochen nach Hause (zu ihren offensichtlich erziehungsunfähigen Eltern) zu schicken, bleibt das Geheimnis der Oberbürgermeisterin bzw. des Stadtrates. Jetzt sollen es „vernetzte lokale Präventionsstrukturen“ richten! Mit solchen Vorgaben wird nicht nur die fachliche und damit auch finanzielle Verantwortung des Jugendamtes torpediert, sondern es werden die Rechte von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern mit Füßen getreten. Leider sind nur wenige von ihnen souverän genug, diese Rechte auch gerichtlich einzuklagen. Auch finanziell sind solche Aktionen kontraproduktiv, da sie zwar vordergründig den aktuellen jährlichen Haushalt entlasten, mittelfristig aber zu wesentlich höheren „Investitionskosten“ führen.

Offensichtlich sind wir bei der Lösung der Frage, wie man die Jugendhilfe wetterfest macht, damit sie gerade in Krisenzeiten leistungsfähig bleibt und alle Kinder und Eltern bedarfsgerechte Leistungen erhalten, noch nicht weitergekommen. Oder ist der Haushalt für die Feuerwehr auch konjunkturabhängig?

Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner, Leiter des Referates Kinder- und Jugendhilferecht im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

(Kindschaftsrecht und Jugendhilfe 11/2007)

Leserbrief – bereits im Juni 2007

Diesen Leserbrief weigerte sich die Zeitschrift „Jugendhilfe“, deren Schriftleiter Klaus Roth ist, lange Zeit zu veröffentlichen. Den Leserbrief einer Mitarbeiterin des Jugendamts leitete Roth umgehend an den Amtsleiter, d.h. den Vorgesetzten der Mitarbeiterin weiter ...

An
Frau Anja Witte
Herrn Paul Niemann
Herrn Dieter Reuter-Spanier
Redaktion Jugendhilfe
Wolters Kluwer Deutschland GmbH
Heddesdorfer Str. 31
56564 Neuwied

Halle, den 22. Juni 2007

Leserbrief zu Roth/Appel, Pro-aktive Systeme und ihr Charme!, in: Jugendhilfe 2/2007, S. 65-72

Sehr geehrte Frau Witte,
sehr geehrter Herr Niemann,
sehr geehrter Herr Reuter-Spanier,

in Heft 2/2007 der Zeitschrift Jugendhilfe haben Sie den Text „Pro-aktive Systeme und ihr Charme!“ von Klaus Roth und Klaus Appel veröffentlicht, der nicht unkommentiert bleiben darf.

Zunächst ist festzuhalten, dass der Text gar nicht von den beiden angegebenen Autoren stammt, sondern (bis auf die Einleitung und den Ausblick) der fast wörtliche Auszug aus einem umfangreicheren „Diskussionspapier“ ist, das von einer kleinen Gruppe von MitarbeiterInnen im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie der Stadt Halle verfasst wurde. Auf der Titelseite des „Diskussionspapier zu den Grundsätzen einer proaktiven Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien in der Stadt Halle“ vom März 2007 werden dessen AutorInnen ausdrücklich genannt; Roth und Appel verschweigen sie und stellen den Text als den eigenen dar, was nicht nur unseriös ist und für Ihre Zeitschrift in keinsten Weise angemessen, sondern auch alles andere als wertschätzend gegenüber denjenigen, die diese Arbeit geleistet haben.

Die im Text dargestellten „pro-aktiven Systeme“ sind Bestandteil eines größeren „Fachkonzepts“, das von der Beratungsfirma START der Autoren Roth und Appel gemeinsam mit „einer amtsinternen kleinen Steuerungsgruppe“ (S. 66) entwickelt wurde (interessanterweise ist Herr Roth als Berater sowohl Geschäftsführer von START als auch der Halleschen Jugendwerkstätten, was zu nicht geringen Interessenkollisionen führen könnte). Dieses Konzept wurde „top-down“, ohne Beteiligung der eigenen MitarbeiterInnen und ohne Einbezug der freien Träger der Jugendhilfe, die in erheblicher Weise davon betroffen sind, von START allein mit der Steuerungsgruppe, gebildet aus Mitgliedern der Leitungsebene des Jugendamts, erarbeitet.

Besonders fatal und von den Autoren mit Bedacht nicht erwähnt ist, dass im Zusammenhang mit der Durchsetzung des „Fachkonzeptes“ zunächst alle bestehenden Planungs- und Beteiligungsgremien, die es bis 2006 in den verschiedenen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe in Halle zwischen freien und dem öffentlichen Träger der Jugendhilfe gab, über Nacht abgeschafft worden sind. Das heißt, ein Dialog zwischen freier und öffentlicher Jugendhilfe zu den Entwicklungsnotwendigkeiten der Jugendhilfe in Halle im Sinne frühzeitiger und umfassender Beteiligung (§ 80 SGB VIII) findet seit diesem Zeitpunkt nicht mehr statt. Was die Autoren als „strategische Steuerung der Jugendhilfe ... durch das Amt selbst“ (S. 66) bezeichnen, bedeutet für die freien Träger der Jugendhilfe, dass sie ihrer gesetzlich garantierten Rolle als verantwortliche Mitgestalter der Jugendhilfe in der Kommune beraubt werden und bloße Erfüllungsgehilfen bei der Umsetzung einer unausgegorenen Strategie sein sollen. Vermutlich meinen die Autoren dies, wenn sie davon sprechen, „Prozesse klar durchzusteuern“ (S. 71).

Das Fachkonzept wurde im vergangenen Oktober im Jugendhilfeausschuss gegen alle Stimmen der Vertreter der freien Jugendhilfe (die nicht einmal mit ihrer Bitte nach Verschiebung durchdrangen, um die Möglichkeit zu erhalten, ein formal und fachlich fragwürdiges Konzept auch nur zu diskutieren) von der Verwaltung durchgesetzt und inzwischen gegen alle internen und externen Widerstände aufgrund inhaltlicher Bedenken und organisatorischer Schwierigkeiten umgesetzt.

Von diesen – ganz erheblichen – Bedenken wissen die Autoren, sie haben an Sitzungen sowohl mit MitarbeiterInnen als auch mit Vertretern der freien Jugendhilfe immer wieder teilgenommen. Aber sie verschweigen sie und wollen den unzutreffenden Eindruck erwecken, als ob sie einen Prozess begleiten, der größtmögliche Partizipation ermögliche: „Nur wenn Menschen an den sie betreffenden Entscheidungen aktiv beteiligt werden, tragen sie die Lösungen auch mit“ (S. 65). In Halle wurden weder all die Menschen, die betroffen sind, auch nur ansatzweise am Prozess (von den Entscheidungen ganz zu schweigen) beteiligt, noch tragen die meisten von ihnen die Lösungen mit. Das Gegenteil ist richtig, und wie zu erwarten weckt es Resignation und Widerstand, wenn externe Berater anrücken und alles ändern wollen: „Unser Angebot sah eine radikale Umstrukturierung des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie der Stadt Halle/Saale vor“ (S. 66). Dass so etwas fast zwangsläufig schief gehen wird, sollte eigentlich jeder Berater wissen.

Den Autoren ist es offenbar wichtig, sich für die Übernahme des Beratungsauftrags zu rechtfertigen. Dieser verfolgt das Ziel, „in zwei Jahren 20 Prozent der Kosten für Hilfen zur Erziehung“ im Jugendamt Halle einzusparen. Das wären 4 Millionen Euro (wobei START der Auftrag mit über 300.000 Euro vergütet wird). Obwohl niemand weiß und erklären kann, wie das mit dem vorgelegten Fachkonzept gelingen sollte, tun alle so, als ob es möglich wäre. Das erinnert an das Märchen „Des Kaisers neue Kleider“.

Als konkretes Beispiel sei hier auf die Aussage der Autoren hingewiesen, wonach bis Ende 2007 ca. 50 Quartiersrunden entstehen sollen (S. 72). Bis zum heutigen Tag ist jedoch ungeklärt, worin die konkreten Aufgaben der Quartiersrunden bestehen werden, wie sich diese konkret personell zusammensetzen und wie die Zeitaufwendungen für die beteiligten MitarbeiterInnen der freien Träger refinanziert werden können. Auch hier wurden diejenigen, die diese Quartiersrunden mit tragen sollen (u.a. Schulen und Kitas) nicht in die Planungen mit einbezogen. Finanzielle Mittel, über die die Quartiersrunden „unbürokratisch und frei verfügen“ (S. 71) können, stehen 2007 für maximal 5 Quartiersrunden zur Verfügung.

Roth und Appel möchten die Leser ermutigen, „ähnliche Prozesse zu initiieren“. Genau davor aber sollten diese unbedingt gewarnt werden – oder zumindest ausführlich über die Ansichten aller Beteiligten außerhalb und innerhalb des Jugendamtes informiert werden. Wir finden, es ist Ihre Aufgabe als Herausgeber und Redaktion einer angesehenen Fachzeitschrift, für eine Korrektur und ausgewogene Berichterstattung zu sorgen, nachdem Sie „Pro-aktive Systeme und ihr Charme!“ nun bereits veröffentlicht haben – einen Text, der überwiegend gar nicht von den angegebenen Autoren stammt und der die aktuelle Situation (offenbar bewusst) ganz anders wiedergibt, als es die meisten Beteiligten erleben.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Johannes Herwig-Lempp, Hochschullehrer an der Hochschule Merseburg

Steffen Kröner, Geschäftsführer, AWO Erziehungshilfe Halle (Saale) gGmbH

Halweig Hanke, Lehrkraft an der Hochschule Merseburg

Inés Brock, Stellv. Mitglied im JHA (Die Grünen), 1. Vors. IRIS-Regenbogenzentrum - Familienbildungsstätte

Leonhard Dölle, stimmb. Mitglied im JHA (LIGA, Diakonie), Jugendwerkstatt Bauhof, Halle

Frank Germann, Leiter Erziehungshilfeverbund des Paritätischen Halle-Merseburg

Dagmar Jakob, Jugendzentrum St. Georgen

Kerstin Masur, BL Jugendhilfe, Caritas-Verband Halle

Reinhard Ast, Clara-Zetkin e.V. Halle

Weitere Informationen

Prof. Dr. Johannes Herwig-Lempp (Hochschule Merseburg) dokumentiert den Fall auf seinen Internetseiten ausführlich. Wer mehr erfahren möchte, dem sei ein Besuch dort (www.herwig-lempp.de) sehr empfohlen. Besagte Unterlagen gibt es im Verzeichnis „Dokumente“.

Fachtagung im Februar 2008 in Halle

Die Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen-Anhalt, veranstaltet am 21. Februar 2008 von 10 bis 13 Uhr in Halle eine Fachtagung zum Thema „Zwischen Sozialraumorientierung, Kindeswohl und Kostendruck – Der ‚Hallesche Weg‘ beim Umbau der Jugendhilfe“. Weitere Informationen können Sie auf der Webseite der Stiftung <http://www.fes.de/Magdeburg/inhalt/term.php> anfordern.

Anhang

Beraten und verkauft Denglische und andere Sprachtricks der Beraterfirmen

In seinem Gastbeitrag für die „Sprachnachrichten“ untersucht der Autor, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Rentenschutzbundes (DRSB), die Sprachverdrehungen von Beratungsunternehmen.

In unserem Land werkeln täglich mehr als 14.000 Beratungsunternehmen, so genannte Consulting-Firmen. Unangefochten an der Spitze stehen Roland Berger und McKinsey mit jeweils mehr als 500 Millionen Euro Jahresumsatz.

Die Arbeitsweise der Beratungsunternehmen ist undurchsichtig. Immer häufiger wird auch der Sinn und Zweck sowie der Erfolg ihrer Beratertätigkeit bezweifelt. Selbst in Dialektik und Rhetorik perfekt geschulte Betriebsräte und Gewerkschaftler verstehen den Sprachgebrauch der „Consultants“ nicht mehr. Der schlagwortartig aufgebaute Sprachschatz der Mitarbeiter von Beratungsunternehmen basiert auf einer Mischung aus deutscher und englischer Sprache, so genanntem Denglisch. Vordergründig wirkt das modern und kompetent.

Die Sprachverdrehungen der Berater sind eine Grundvoraussetzung für das Schweigekartell. Eine Abschottung nach außen stärkt das System. Vermeintliche Erfahrungen, auf die sich die meisten „Consultants“ berufen, werden oftmals nur diffus angerissen, so dass eine gezielte Hinterfragung unmöglich gemacht wird. Vermutlich aus diesem Grund lautet der Leitspruch der McKinsey-Berater: *sealed lips, clean desk, guarded doors, safe script and safe screen* (versiegelte Lippen, leerer Schreibtisch, bewachte Türen, geschützte Dokumente und sicherer Computer).

Das Berater-Know-how erscheint deshalb vielen deutschen Bürgern zunächst glaubwürdig, weil es oberflächlich weltmännisch wirken kann. Die so genannten Consultants bauen durch den vernebelnden Sprachgebrauch gleichzeitig einen genormten Schutzschild zur Abwehr der mutmaßlich Unwissenden auf. Eine Kommunikation auf Augenhöhe ist damit ausgeschlossen und drängt Unwissende sofort in eine Verliererrolle.

Ein paar Beispiele für Sprachverdrehungen können das verdeutlichen: Wer diese Begriffe liest, versteht sehr schnell das Ziel der „Consultants“: Verschleierung und Verwässerung von klaren Gedankengängen! Zweideutigkeit und Mehrdeutigkeit der Sprachverdrehung befreit somit die Beratungsunternehmen von der Verpflichtung, genau zu arbeiten und präzise Aussagen und Angaben zu machen.

Und das ist wahrscheinlich das Ziel: Keine Übernahme von Verantwortung für das eigene Handeln. Der ungebremsste Selbstdarstellungsdrang einiger Beratungsunternehmen spiegelt sich dann auch in Stellenabbau, Stellenverlagerung, Betriebsstättenverlegung wider und bedeutet für deutsche Bürger in den meisten Fällen Arbeitsplatzverlust und Arbeitslosigkeit.

Auf der Suche nach Legitimationswissen und Legitimation suchen Manager – aber auch immer mehr Politiker – „Gutachtersteller“, die vermutlich in Wahrheit mit Gefälligkeitsgutachten von den eigentlichen Entscheidungsträgern ablenken, nach dem Motto: Wenn eine internationale Beratungsgesellschaft den Vorschlag macht, dann muss er gut sein und stimmen. Die Erfahrungen in den letzten Jahren haben erschreckend gezeigt, dass solches Vorgehen extrem häufig schief geht. Schuld sind dann nicht die Politiker oder Manager, sondern das Gutachten.

Bestellte Berater-Wahrheiten kosten womöglich deutsche Bürger seit Jahrzehnten Arbeitsplätze und zusätzliche Steuern. Das Schimpfwort von der Berater-Republik ist in aller Munde und fordert eine Änderung der Verhältnisse. Noch aber ist eine notwendige Änderungsbereitschaft bei den Verantwortlichen nicht erkennbar. Fernab der Öffentlichkeit und der medialen Aufmerksamkeit scheint sich systematischer und harter Widerstand zu formieren.

Bedeutet das schon das Ende des Lobbyistentums und des Berliner Think-tanks? Was bewirken die Sprachtricks in Denglisch? Das erschreckend brutale und ernüchternde Fazit der Bürger lautet: Die Beratergläubigkeit der so genannten McKinsey-Gesellschaft vernichtete und vernichtet weiterhin tagtäglich gewaltige private und öffentliche Geldmittel und Werte bei gleichzeitiger Gefährdung der Bürger- und Unternehmenszukunft. Die so genannte McKinsey-Gesellschaft untergräbt daneben die Moral und die Kernaufgaben von Parlamenten und Verwaltungen. Nur die konsequente und schonungslose Aufklärung der Missstände sowie die ständige Beschäftigung mit den Fehlentwicklungen können auf Dauer wirksamen Schutz für alle deutschen Bürger garantieren.

Bedeutungen

Anzuehendes Orgakzept bedeutet *kurz- oder mittelfristiges Ziel*
best-practice-flow bedeutet *beste Organisation der Abläufe*
benefits bedeutet *Vorteile*
cost-cutting bedeutet *Senkung der Kosten*
Datenbasis plausibilisieren bedeutet *Daten zurechtbiegen*
Entlastung von Aufgaben bedeutet *Stellenstreichung*
key-concept bedeutet *guter Gedanke*
konzeptioneller Ansatz bedeutet *Gedanke*
komplexe Erklärungsvariable bedeutet *Ursache*
Leitbild bedeutet *mittel oder langfristiges Ziel*
modularer Aufbau bedeutet *beliebige Zusammenstellung*
Performance-Optimierung bedeutet *Verbesserung der Abläufe*
revolutionär bedeutet *neu*
suboptimal bedeutet *schlecht*
zeitnahe Perspektive bedeutet *Sofortlösung*

(SPRACHNACHRICHTEN Nr. 36/Dezember 2007 – Von Udo Johann Piassetzky)

Anmerkung der NAGEL-Redaktion: Gern verbreiten wir Mitteilungen des Vereins Deutsche Sprache. Vorstehender Beitrag war nach der „alten Rechtschreibung“ (daß, muß usw.) abgedruckt. Aus zweierlei Gründen haben wir dies geändert: 1. Einige Wörter werden von Word automatisch an die „neue Rechtschreibung“ angepasst und 2. war uns aufgefallen, dass zumindest in einem Fall auch im Beitrag in den SPRACHNACHRICHTEN die neue Schreibweise verwandt wurde (so genannte); dies hat uns bei unserer Entscheidung bestärkt, zumal die NAGEL-Redaktion sich selbst vor einiger Zeit zur Verwendung einer moderaten Form der neuen Rechtschreibung entschieden hat. Eingefügt in die Überschrift haben wir neben „denglische“ noch „andere“ Sprachtricks.

Mitglied im ABA Fachverband werden?

Beitrittsformulare kann man sich im Internet herunterladen unter www.ABA-Fachverband.org -> „Mitglied im ABA Fachverband werden“ oder direkt über <http://www.aba-fachverband.org/index.php?id=334>